

Stefan Sell

Die Krise als Chance zur gesellschafts- und finanzpolitischen Neuausrichtung nutzen

Vortrag auf dem 41. Arbeitnehmergegespräch des DGB Rheinland-Pfalz
am 4. November 2009 im Mainz

Bibliografische Daten:

Sell, Stefan: Die Krise als Chance zur gesellschafts- und finanzpolitischen Neuausrichtung nutzen. Vortrag auf dem 41. Arbeitnehmergehöräch des DGB Rheinland-Pfalz am 4. November 2009 im Mainz. Remagener Beiträge zur Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik 01-2009, Remagen 2009

Der vorliegende Beitrag ist die um Quellenhinweise, Fußnoten mit weiterführenden Verweisen und Abbildungen ergänzte schriftliche Fassung der Rede am 4. November 2009 in Mainz.

Prof. Dr. Stefan Sell

Professur für Volkswirtschaftslehre,
Sozialpolitik und Sozialwissenschaften

Fachhochschule Koblenz
Campus Remagen
Südallee 2
53424 Remagen
Internet: www.stefan-sell.de

I. Krise – Was denn für eine Krise?

Diese Frage an den Anfang des Vortrags zu stellen ist keineswegs überflüssig oder banal angesichts der doch offensichtlichen ökonomischen Fakten, mit denen sich bereits an der Oberfläche der schwerwiegende Einbruch der deutschen Volkswirtschaft beschreiben lässt. Werden wir nicht im nunmehr zu Ende gehenden Jahr einen Einbruch von 5 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt verbuchen müssen?¹ Einen solchen Absturz hatte es seit Beginn der Bundesrepublik noch nie gegeben. Sehen wir nicht bereits jetzt – trotz des massiven Einsatzes der Kurzarbeit² – gerade in den bislang so gut aufgestellten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg einen Anstieg der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit im SGB III-Bereich von mehr als 30% gegenüber dem Vorjahr?³ Muss man nicht zur Kenntnis nehmen, dass innerhalb der vergangenen zwölf Monate bereits jeder neunte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seinen Arbeitsplatz verloren hat?⁴ Reicht nicht ein Blick auf die Zahl der steigenden Insolvenzen? Von Januar bis August 2009 mussten 21.807 Insolvenzen von Unternehmen gezählt werden, das ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Anstieg um 15,5%.⁵

Trotzdem wiederhole ich meine Eingangsfrage – Was denn eigentlich für eine Krise?

Wir befinden uns in einer merkwürdig daherkommenden Umkehrung des bislang gewohnten Krisenwahrnehmungs- und -verarbeitungsschemas in unserer Gesellschaft. Bislang konnte man sich recht gut darauf verlassen, dass die Bevölkerung bestimmte krisenhafte Entwicklungen – oder was als solche in den Medien ausgebreitet wurde – wesentlich stärker und ängstlicher rezipiert hat als die meisten Politiker und sonstigen Vertreter des öffentlichen Lebens, die zumeist - und natürlich nicht selten interessengeleitet - den Ball eher flach zu halten versuchten. Vor diesem Hintergrund ist das, was in den zurückliegenden Monaten passiert ist, eine völlig neue und so noch nicht dagewesene Umkehrung des Bekannten und Gewohnten, denn wir waren Zeugen nicht nur einer offensichtlichen Krisenverweigerungshaltung in weiten Teilen der Bevölkerung, sondern parallel dazu auch einer intensiven Krisenwahrnehmung und Krisenkommunikation seitens der Politik, in Verbindung mit einer jeden halbwegs neutralen Beobachter in Erstaunen versetzenden Schnelligkeit des praktischen politischen Handelns, dem man einmal – ohne Erörterung der Sinnhaftigkeit und Angemessenheit einzelner Maßnahmen im Detail – an dieser Stelle angesichts der hier besonders wirksamen Belastung politischen Handelns durch Komplexität und Beschleunigung⁶ Respekt aussprechen sollte und muss.

Dies auch deshalb, weil nach einer relativ kurzen Phase des Wegtauchens und Totstellens die Apologeten der „Weiter so wie bisher, das Casino ist wieder geöffnet“-Haltung erneut in das Licht der Öffentlichkeit treten und den Staat auffordern, er möge doch nun wieder zurück ins Glied treten, es sei

1 Im ersten Halbjahr 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gegenüber dem Vorjahreshalbjahr preisbereinigt um 6,8% zurückgegangen.

2 Im Sommer 2009 befanden sich über 1,4 Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit, was unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Arbeitszeitausfalls von 31,2% etwa 450.000 ansonsten voll arbeitslosen Personen entspricht. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2009: 9 f.)

3 Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit belief sich im September 2009 der Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen (also ohne Berücksichtigung der Arbeitslosen, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden) in Bayern auf 33% und in Baden-Württemberg auf 26% gegenüber dem Vorjahresmonat (Rheinland-Pfalz: + 12,6%). Besonders deutlich erkennbar wird das Durchschlagen der Krise auf die industriellen Kernbereiche bei einer Betrachtung des Anstiegs der arbeitslos registrierten Männer: Ihre Zahl stieg in Bayern um 51,6% und in Baden-Württemberg um 42,3%.

4 Seit Herbst letzten Jahres haben bereits 3,258 Mio. Menschen ihren Job verloren. Sie mussten sich im Zeitraum von Oktober 2008 bis September dieses Jahres nach einer sozialversicherten Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt neu arbeitslos melden. Dies waren 492.000 bzw. 18 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bundesweit wurden bei Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im September 2008 noch 27.996 Mio. sozialversichert Beschäftigte gezählt. 11,6 Prozent haben seither ihren Job verloren. Vgl. hierzu und differenziert nach Branchen ADAMY (2009).

5 Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2009). Von diesen Insolvenzen sind mehr als 150.000 Beschäftigte betroffen, die voraussichtliche Forderungssumme übersteigt den Betrag von 24 Mrd. Euro. Für die kommenden Monate ist ein weiterer Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu erwarten, auch vor dem Hintergrund der restriktiven Kreditvergabe der Banken.

6 Vgl. grundsätzlich zur doppelten Belastung politischen Handelns durch Komplexität und Beschleunigung im Kontext der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die eher pessimistisch angelegten Ausführungen von LAUX/ROSA (2009).

jetzt genug. Der Mohr, so scheint es, hat seine Schuldigkeit getan. Wenn diese Tage sogar ein Herr Ackermann von der Deutschen Bank wieder das alte Lied vom (angeblich) notwendigen Rückzug des Staates anstimmen kann, ohne dass eine adäquate Reaktion erfolgt, dann muss man schon mal die Frage aufwerfen dürfen, wie weit eigentlich der Masochismus der Politik und der Politiker in diesem Land gehen muss.

Was ist eigentlich passiert – damit möchte ich meinen Vortrag einleitend beginnen, um daran anschließend zu der Frage zu kommen, **was man machte sollte, wenn man denn dürfte und könnte**. Es wird Sie nicht überraschen, dass die aktuellen Entwicklungen nach der Bundestagswahl einer kritischen Kommentierung unterworfen werden, um dies dann zu verbinden mit dem Aufzeigen einiger **Chancen**, die sich aus der Krise ergeben **könnten**.

Die Frage, was denn eigentlich passiert ist, erscheint nur auf den allerersten Blick trivial und überflüssig. Wenn man einmal die Berichterstattung der meisten Medien in den vergangenen Monaten zu den Ursachen der Krise, die da irgendwie aus den USA über uns gekommen ist, betrachtet,⁷ dann muss man zu der Erkenntnis kommen, dass die heutige Situation darauf zurückzuführen ist, dass amerikanische Häuslebauer sich nicht so verhalten haben wie es ein durchschnittlicher Rheinland-Pfälzer tun würde, sondern man hat schlicht formuliert einfach erheblich über seine Verhältnisse gelebt und anscheinend gab es genügend Banken, die dieses zutiefst unökonomische Verhalten auch noch finanziert haben – unterstützt von einer laxen Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank, die den Instituten billiges Geld zugänglich gemacht hat. An dieser Stelle kommen dann die „seriösen“ deutschen Finanzinstitute ins Spiel, die auch partizipieren wollten an diesem unglaublichen Boom in den USA und sich infolgedessen – so der doch für viele überraschende Erkenntnisgewinn – offensichtlichen Müll als Wertpapiere verkaufen ließen – die heute nach dem Platzen ominöser „Blasen“ als „toxische“ Papiere in den Bilanzen der Banken ihr Unwesen treiben. Schnell ist man vor diesem Hintergrund der Krisendiagnostik bereit zu glauben, es kann ausreichen, die als „systemrelevant“ etikettierten Banken von ihren Altlasten zu befreien bzw. zumindest die Lasten auf mehrere Schultern zu verteilen, um dann wieder zum business as usual zurückkehren zu können.

Diesem infantilen Zugang zur Krisenwelt muss aber aus einer explizit volkswirtschaftlichen Sicht deutlich widersprochen werden. Was soeben beschrieben wurde ist Makulatur oder Tünche, wie der ehrbare Handwerker zu sagen pflegt. Es führt eher in die Irre als an den Trog der Erkenntnis. Es vernebelt den notwendigen Zugang zu den fundamentalen Bestimmungsfaktoren der aktuellen Krise – und der ihnen folgenden Krisen, wenn heute nicht die richtigen Schlüsse gezogen werden.

II. Die Ursachen der Krise

Die Krise speist sich aus mehreren Ursachen. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hatte sich eine fatale Kombination ökonomischer Gegebenheiten herausgebildet, die die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr in die Rezession stürzte. Ich möchte an dieser Stelle drei zentrale Ursachen benennen.⁸

Die erste Ursache ist die **teilweise dramatische Zunahme der ökonomischen Ungleichheit** in größeren Industriestaaten.⁹ Sowohl die funktionale Verteilung zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen als auch die personelle Verteilung zwischen hohen und niedrigen Einkommen änderte sich stark zu Gunsten der Gewinneinkommen und der hohen Einkommen, während die mittleren und niedrigen Einkommen erodierten. Diese Tendenz muss auch als Ausdruck einer gesunkenen Verhandlungs-

7 Vgl. nur beispielhaft aus der Unmenge der vorliegenden Berichte die umfangreiche Darstellung der Krisengeschichte im engeren Sinne bei BALZLI et al. (2009) in der SPIEGEL-Titelgeschichte über den großen „Bankraub“.

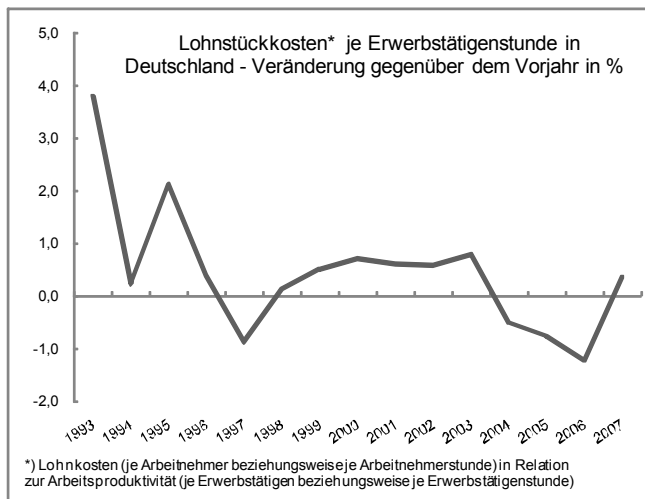
8 Vgl. zur folgenden Argumentation hinsichtlich der Krisenursachen ausführlicher die Darstellung bei HORN et al. (2009a).

9 Vgl. zu diesem Aspekt genauer HORN et al. (2009b).

macht von Gewerkschaften gesehen werden. Diese resultierte unter anderem aus einer wachsenden Individualisierung und damit einhergehend Vereinzelung, vor allem im Dienstleistungsbereich. Die objektiv nachweisbare Zunahme der Ungleichheit kann man mit Argumenten der Gerechtigkeitsverletzung kritisieren.¹⁰ Aber auch, wenn man diese Entwicklung lieber rein funktional und pragmatisch betrachtet, lassen sich gewichtige Einwände vortragen: Schon Keynes hat etwa im letzten Kapitel seiner 1936 veröffentlichten „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“¹¹ darauf hingewiesen, dass eine (zu) große Einkommensungleichheit makroökonomisch nicht funktional ist. Wie Keynes erkannte, ist ein ausgeglichenes Wachstum mit starker Binnennachfrage auf Dauer nicht ohne einen entsprechenden Anstieg der realen Masseneinkommen möglich. Keynes sah durchaus eine soziale und ökonomische Rechtfertigung für Einkommensunterschiede zwischen Individuen.¹² Eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung sei aber notwendig, um eine kräftige und nachhaltige private Konsumnachfrage sicherstellen zu können.

In den USA ist die Verteilung der Einkommen heute wieder ungefähr so ungleich wie in den 1920er Jahren. Damit sind die Umverteilungsergebnisse der vergangenen Jahrzehnte wieder abgebaut worden. Die kräftige Ausweitung des privaten Konsums war bis zur Krise angesichts der schwachen Entwicklung der realen Masseneinkommen nur auf Grundlage der Inanspruchnahme der Kreditmärkte, also höhere Verschuldung vor allem der unteren Einkommensschichten, zu erreichen.

In Deutschland hingegen haben die meisten Privathaushalte auf die seit langem stagnierenden Real-



löhne und sozialpolitische Einschnitte mit Konsumverzicht reagiert, statt sich deutlich – also in einem den amerikanischen Relationen entsprechenden Ausmaß – zu verschulden. Da die oberen Einkommensgruppen, die vom Anstieg der Gewinne und Vermögen sowie von den Steuerentlastungen der zurückliegenden Jahre profitierten, eine sehr hohe Sparquote aufweisen,¹³ war eine anhaltende Schwäche der Binnennachfrage in der Gesamtwirtschaft die Folge.

In Deutschland wie auch in Japan mussten wir eine lang anhaltende Konsumschwäche beobachten, während in den USA und auch in Großbritannien die Einkommensschwäche durch eine steigende Verschuldung kompensiert wurde. In Deutschland wurden im Kontext der steigenden Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aufgrund der rückläufigen Lohnstückkosten, die durch eine langjährige Lohn-

zurückhaltung der Arbeitnehmerseite generiert wurden, Jahr für Jahr steigende Überschüsse im Han-

Abbildung 1: Die Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer hat in Deutschland zu stagnierenden oder gar rückläufigen Lohnstückkosten geführt, während in allen anderen Ländern teilweise erhebliche Anstiege zu verzeichnen waren. Damit verbesserte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Quelle der Daten: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2008/09; Grafik: Sell

10 Bekanntlich ist der Gerechtigkeitsbegriff normativ höchst umstritten und schwierig zu operationalisieren. Vgl. für einen neueren Versuch, *soziale Gerechtigkeit* zu bestimmen, die aktuelle Publikation von BECKER/HAUSER (2009). Sie sprechen darin vom „magischen Viereck“ der sozialen Gerechtigkeit, bestehend aus der Chancen-, Bedarfs-, Leistungs- und Generationengerechtigkeit. Auch sie weisen darauf hin, dass sich mit Blick auf die Einkommen die ausgleichenden Effekte des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems abschwächen.

11 Vgl. für eine deutsche Übersetzung KEYNES (2006).

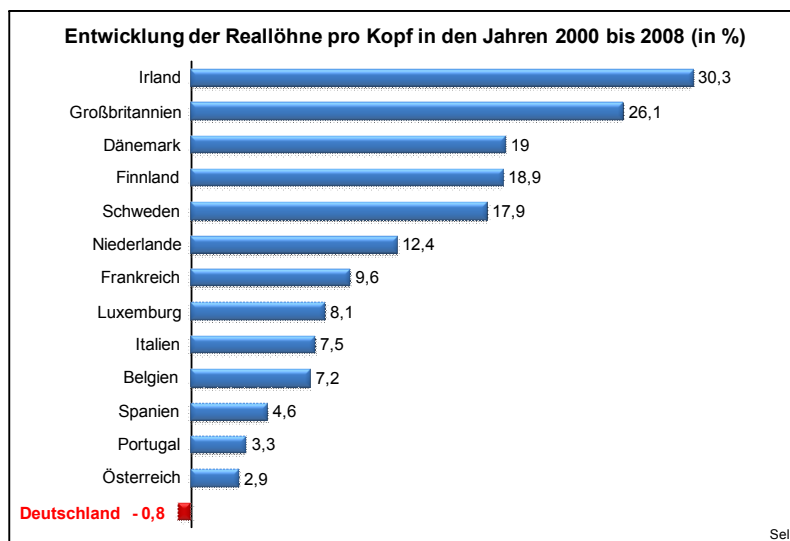
12 „I believe that there is social and psychological justification for significant inequalities of incomes and wealth, but not for such large disparities as exist today.“ (Keynes 1936, Chapter 24. Concluding Notes on the Social Philosophy towards which the General Theory might Lead).

13 Ausweislich der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes hatten Haushalte mit einem verfügbaren Einkommen bis 1.500 Euro entweder eine „negative“ Sparquote (= Verschuldung) oder aber sie hatten keine nennenswerten Sparbeiträge. Mit zunehmenden Einkommen steigt dann die Sparquote deutlich an, z.B. wird bei den Haushalten mit mehr als 5.000 Euro verfügbarem Monatseinkommen ein Viertel dieses Einkommens gespart. Dies verdeutlicht zugleich auch das hoffnungslose Unterfangen, über eine Entlastung der Haushalte mit hohen Einkommen irgendeinen Effekt auf die erforderliche Stärkung der Binnennachfrage erreichen zu können. Dadurch wird primär die weitere Kapitalakkumulation dieser Haushalte gefördert.

del mit anderen Ländern aufgehäuft, während in den USA gigantische Defizite aufgelaufen sind, die volkswirtschaftlich ein über ihren Verhältnissen liegenden Konsum der amerikanischen Verbraucher markieren.

Eine sichtbare Folge der durch die umfangreiche Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer induzierte Umverteilung der funktionalen Verteilung zwischen Arbeit und Kapital waren bis zur Krise auch die sowohl bei den Großkonzernen wie auch im Mittelstand stetig ansteigenden Eigenkapital- und Gesamtkapitalrenditen der Unternehmen. Eine neue Studie der KfW kann zeigen, dass die Eigenkapitalrendite bis zum Jahr 2007 auf durchschnittlich 30,1% bei den DAX- und MDAX-Unternehmen und auf 28,2% beim Mittelstand angestiegen ist (Gesamtkapitalrendite: 12,2% bzw. 8,0%). Insofern waren Renditen von 25% und mehr keinesfalls die Ausnahme, sondern eher die Regel.¹⁴

Kommen wir zur zweiten Ursache der Krise. In den Defizit- und Überschussländern wurden **unterschiedliche Wachstumsstrategien** verfolgt.¹⁵ Während also in den USA und Großbritannien, wo die Nachfrage verstärkt über wachsende Verschuldung hoch gehalten wurde, erhebliche außenwirtschaftliche Defizite aufgebaut wurde, versuchten Deutschland, Japan und auch China ein hohes Wachstum über zunehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erzeugen. Das mit der Wettbewerbsfähigkeit gelang, das mit dem hohen Wachstum angesichts der brach liegenden Binnennachfrage aber nicht. Da der boomende Finanzsektor, der sich nicht zuletzt aus der finanziellen Bewältigung der Ungleichgewichte nährte, in dem das Überschusskapital in die Defizitländer exportiert wurde, anscheinend die weitaus höchsten Renditen abwarf, wurde im Finanzbereich kräftig investiert, während sich



die Investitionen in anderen Bereichen eher schwach entwickelten und vor allem durch die hohen und bereits auf kurze Sicht zu realisierenden Renditeerwartungen der immer einflussreicher werdenden Finanzinvestoren zusätzlich gedrückt wurden. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit konnte man primär nur durch einen hohen Druck auf die Löhne erreichen. So ist es dann auch gekommen. Während in allen anderen Mitgliedsstaaten der

EU in den Jahren 2000 bis 2008 die Reallöhne pro Kopf in einem Spektrum zwischen 3 bis über 30% gestiegen sind, ist der Reallohn pro Kopf nur in Deutschland in diesem Zeitraum um 0,8% gefallen. Den enormen Druck auf die Löhne der Arbeitnehmer vor allem im unteren Einkommensgruppen durch diese Entwicklung – im Zusammenspiel mit den Effekten der „Hartz“-Gesetze - kann man auch in den Befunden einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung erkennen: Die Kluft zwischen den Löhnen Vollzeitbeschäftigter mit niedrigen und mittleren Einkommen wird seit 1997 in Deutschland immer größer. Während Geringverdiener Ende der 90er Jahre noch 64 Prozent des Einkommens eines Arbeitnehmers mit mittlerem Einkommen erzielten, erreichten sie 2007 nur noch 53 Prozent. Dieser Rückgang ist im internationalen Vergleich der stärkste von 20 untersuchten OECD-Ländern. Die Lohnungleichheit hat mittlerweile das Niveau Großbritanniens und anderer Länder erreicht, die bei der Beschäftigungspolitik weniger auf den sozialen Ausgleich achten. In den meisten Ländern hat sich die Einkommensschere nicht weiter geöffnet – außer in Deutschland, Polen und Südkorea. In Deutsch-

¹⁴ Vgl. hierzu die Studie vom MARK/REIZE (2009).

¹⁵ Vgl. hierzu ausführlicher die Darstellung bei HORN et al. (2009c).

land verschärft sich die ohnehin stark ausgeprägte Kluft zwischen gut abgesicherten Erwerbstätigen und Arbeitslosen bzw. geringfügig und befristet Beschäftigten.¹⁶

In der Bilanz kommt eine neue Studie des IMK zu folgendem Befund: In der Kombination von Exportboom und schwacher Binnennachfrage wurden Wachstums- und Beschäftigungschancen vergeben. Das hat zudem zu einer immer disparateren Einkommens- und Wohlstandsverteilung geführt. Jährliche Lohnzuwächse, die dem mittelfristigen Produktivitätspfad und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank gefolgt wären, hätten das Wirtschaftswachstum besser ausbalanciert. Beschäftigte und Transfereinkommensbezieher hätten sich dabei real deutlich besser gestellt. Die Gewinne der Unternehmen wären auch bei einer stärkeren Lohnentwicklung gestiegen, nur nicht so rasant.¹⁷

Kommen wir nun zur dritten Ursache der Krise – die nicht ohne Absicht trotz ihrer aktuellen Bedeutung in diesem Vortrag erst an der dritten Stelle aufgeführt wird: Die **Deregulierung der Finanzmärkte** spielte eine entscheidende Rolle für die konkrete Ausformung der Krise, die wir in den zurückliegenden Monaten erfahren mussten.

Die neuen Finanzmarktprodukte, deren Funktion es ursprünglich war, Risiken zu streuen und damit Sicherheit zu erzeugen, erwiesen sich in der Realität als Zeitbomben für die Stabilität des Finanzsystems. Dass die breite Streuung von Risiken, die eigentlich Risiken verringern sollte, tatsächlich genau dadurch ein systemisches Risiko, nämlich einen generellen Vertrauensverlust in das Finanzsystem, hervorgebracht hat, muss aus Sicht der Finanzmarktstrategen als tragisch bezeichnet werden.¹⁸



Beispielhaft sei an dieser Stelle der ausufernde Handel mit Derivaten genannt, der zumeist eben nicht der Absicherung von Geschäften diente, sondern als Anlagestrategie genutzt wurde. Betrachtet man einmal das Jahr vor der Krise, also 2007, dann wird der hypertrophierte Wahnsinn dieser jede reale Bodenhaftung verlustig gegangenen Spekulation deutlich erkennbar: Allein das Handelsvolumen mit den Börsenderivaten umfasste das mehr als 43fache des weltweiten Bruttoinlandsproduktes. Die außerbörslich gehandelten Derivaten beliefen sich auf ein Handelsvolumen in der Größe des 24fachen der globalen Wertschöpfung. Die Zeitreihe in der Abbildung verdeutlicht zugleich die hyperspekulative Ablösung des Derivatehandels nicht nur von der weltweiten Wertschöpfung, sondern auch von dem Devisen- sowie dem Aktien- und Anleihenhandel.

Diese Instrumentalisierung als spekulative Anlagestrategie aber reduziert die Derivate zu Wetten auf unsichere Zukunftereignisse, bei denen es zwangsläufig Verlierer gibt, ohne dass die Gewinner einen Beitrag zur Wertschöpfung geliefert hätten. Mit der daher auf Dauer zwangsläufigen Enttäuschung der Renditeerwartungen war ein Großteil des eingesetzten Kapitals zur Vernichtung freigegeben, was dann ja auch geschah.

Diese Instrumentalisierung als spekulative Anlagestrategie aber reduziert die Derivate zu Wetten auf unsichere Zukunftereignisse, bei denen es zwangsläufig Verlierer gibt, ohne dass die Gewinner einen Beitrag zur Wertschöpfung geliefert hätten. Mit der daher auf Dauer zwangsläufigen Enttäuschung der Renditeerwartungen war ein Großteil des eingesetzten Kapitals zur Vernichtung freigegeben, was dann ja auch geschah.

¹⁶ Vgl. hierzu die aktuelle Studie von EICHHORST/MARX/THODE (2009)

¹⁷ Vgl. ausführlicher JOEBGES/SCHMALZBAUER/ZWIENER (2009).

¹⁸ Für eine soziologische Analyse dieses scheinbar paradoxen Phänomens vgl. die Betrachtungen zur Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft bei ARNOLDI (2009).

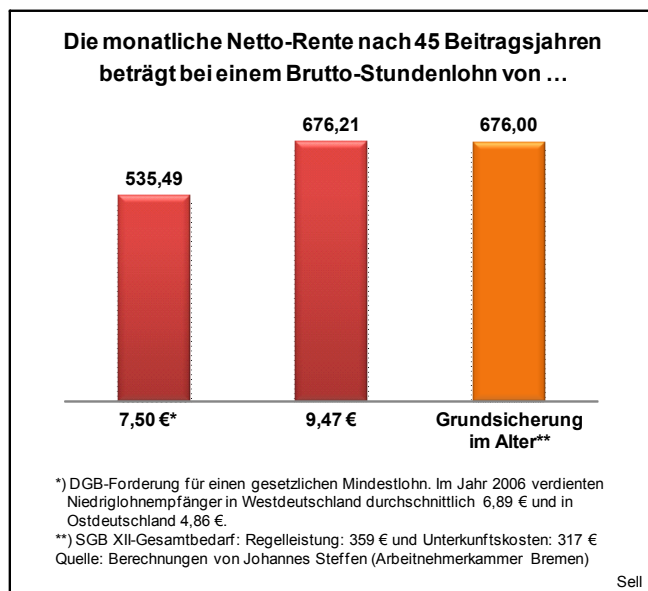
III. Was wäre zu tun, wenn man denn wollte, dürfte und könnte?

Ich denke, meine kurze Skizzierung der Krisenursachen hat aufzeigen können, dass eine Fokussierung auf eine wie auch immer ausgestaltete **neue Regulierung der Finanzbranche** ist weder hinreichend, noch kann auf sie verzichtet werden – und hier muss bereits die erste Frustration verbucht werden, denn noch nicht einmal diese Teilaufgabe ist bis heute befriedigend angegangen, geschweige denn gelöst worden. Ganz im Gegenteil – ein leider erwartbarer Effekt der beobachtbaren Regulierungshemmung wird das kontrafaktische Ergebnis sein, dass die „systemrelevanten“ Banken noch systemrelevanter werden, da wir derzeit eine beispiellose Konzentrationswelle registrieren müssen. Damit ist das Kuckucksei in das Nest der Politik für die nächste Krise bereits gelegt, denn nun wird es noch schwieriger, betriebswirtschaftliches Fehlverhalten der Finanz-Multis nicht zu sozialisieren und die Verantwortlichen nicht erneut freizukaufen – was diese natürlich bei ihrem zukünftigen Handeln antizipieren werden.

Aber die Verdeutlichung der Krisenursachen sollte auch dafür sensibilisiert haben, dass die wichtigste Aufgabe in der Bearbeitung der beiden ersten Krisenursachen zu suchen wäre:

Zum einen muss es um die unbedingt **erforderliche Rückführung der sich seit Mitte der 1990er Jahre beschleunigenden scherenförmigen Auseinanderentwicklung** von Arbeit und Kapital sowie zwischen unteren und mittleren Einkommen auf der einen und den Gewinn- und Vermögenseinkommen auf der anderen Seite, gehen. Dass wir hier in Deutschland ein richtig großes Problem haben, können Sie daran ablesen, dass in keinem anderen OECD-Land seit 2000 die Einkommensungleichheit so stark gestiegen ist wie in Deutschland.

Bereits vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise musste mehr als jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Deutschland zu einem Niedriglohn nach den Kriterien der OECD arbeiten¹⁹ – insgesamt 6,5 Millionen Menschen waren 2007 Geringverdiener. Die bundesweite Niedriglohnquote ist zwischen 1998 und 2007 von 14,2% auf 21,5% aller Beschäftigten gestiegen. Damit haben wir nun fast den Anteil in den USA erreicht. Die sozialpolitischen Konsequenzen dieser Entwicklung kann man sich beispielhaft verdeutlichen, wenn man berücksichtigt, dass man mindestens einen Bruttostundenlohn in Höhe von 9,47 Euro bekommen müsste, um nach einem 45jährigen ununterbrochenen Arbeitsleben auf einen Nettorentenanspruch in Höhe der heutigen Grundsicherungsanspruchs von 676 Euro pro Monat zu kommen.



Und besonders problematisch ist eine beobachtbare zusätzliche Ausfransung des Niedriglohnspektrums nach unten: In Deutschland arbeiten mehr als 1,2 Millionen Menschen für weniger als 5 Euro die Stunde – und das im Hauptberuf. In vergleichbaren Ländern wie Frankreich oder Großbritannien wären solche Entlohnungen gar nicht erlaubt, kennen doch diese, aber auch die

Mehrheit der anderen EU-Länder einen gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze. Und in den wenigen anderen Ländern, die keinen gesetzlichen Mindestlohn haben, gibt es in der Regel funktionale Äquivalente wie ein Tarifvertragssystem mit hohem Abdeckungsgrad wie in den skandinavischen

¹⁹ Nach den Konventionen der OECD werden Niedriglöhne definiert als Verdienste, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Medianlohn) aller Beschäftigten betragen. Die entsprechende Niedriglohnschwelle lag 2007 in Westdeutschland bei 9,62 Euro pro Stunde und in Ostdeutschland bei 7,18 Euro.

Ländern. Nur nicht in Deutschland – hier gibt es sogar seitens des Staates den Tatbestand einer „**aktiven Beihilfe**“ **zum sich selbst verstärkenden Trend eines Lohndumpings** dergestalt, dass der Staat in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Ausfallbürgschaft für Niedriglöhne übernimmt, in dem das Grundsicherungssystem hier aufstockend beispringt. Übrigens: Warum wohl findet man im schwarz-gelben Koalitionsvertrag nur den Hinweis, man wolle die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Hartz IV-Leistungen reduzieren, um mehr Arbeitsanreize zu setzen, denn die Arbeit soll sich ja lohnen. Aber man findet keine konkreten Prozentsätze der Anrechnung. Warum? Weil das angesichts der gegenwärtigen Lohnstruktur am unteren Ende nicht nur zu einer erheblichen Erhöhung der Zahl der aufstockenden Leistungsempfänger führen würde, sondern auch, weil durch die dogmatische Verweigerungshaltung gegenüber einem gesetzlichen Mindestlohn mit einem solchen Vorgehen eine Aufforderung an bestimmte Branchen bzw. Unternehmen verbunden wäre, die Löhne noch weiter als bislang nach unten zu drücken, weil ja die Differenz ausgeglichen wird über ein gigantisches Kombilohn-Programm. Wie naiv muss man sein, zu glauben, in bestimmten Segmenten unserer Wirtschaft würde diese Einladung zur Sozialisierung betrieblicher Kosten nicht in Anspruch genommen werden?

Aber die Aufgabe einer notwendigen Reduzierung des immer stärkeren Auseinanderklaffens in der Einkommensverteilung sollte und darf nicht verengt werden auf eine Bearbeitung der grassierenden Niedriglohnproblematik. Denn ganz wesentlich verantwortlich für die unbefriedigenden Verteilungsverhältnisse ist die **Ausgestaltung der Steuerpolitik in Verbindung mit der Abgabenbelastungsverteilung im Sozialversicherungssystem**. Hier sind mit Blick auf die große Mehrheit der Arbeitnehmer und ihrer Familien mehrere sich negativ verstärkende Entwicklungen herauszustellen: Zum einen müssen wir eine massive Umverteilung innerhalb des Gesamtsteueraufkommens von der progressiv ausgestaltete Einkommenssteuer hin zu der zumindest teilweise regressiv wirkenden Umsatzsteuer zur Kenntnis nehmen, die natürlich besonders die Haushalte mit einer sehr hohen Konsumquote belasten.²⁰ Und es ist ja nicht überraschend, dass die Diskussion über Steuersenkungen im Umfeld der neuen Koalition ausschließlich auf die Einkommenssteuer enggeführt wird²¹ – volkswirtschaftlich in der gegenwärtigen Situation ist aber eine weitere Entlastung bei der Einkommenssteuer, die dann auch noch schuldenfinanziert wird, kontraproduktiv in mehrfacher Hinsicht. Der wichtigste Einwand: Im Ergebnis wird dies die vorhin diagnostizierte Mit-Ursache für die krisenhafte Entwicklung, also die zunehmende Spreizung der Einkommensverteilung, noch weiter verschärfen. Und das muss dann im fatalen Zusammenspiel mit den anstehenden weiteren Belastungsverschiebungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme gesehen werden, ich meine hier explizit die geplante einseitige Verschiebung der zukünftigen Kostenanstiege in den Bereichen Gesundheit und Pflege auf die Versicherten allein, eventuell verstärkt durch einen Teil-Umstieg auf ein (natürlich von den Versicherten allein zu schulterndes) Prämienmodell im Krankenkassenbereich. Das wird dann den Haushalten mit hohen Konsumquoten weitere Kaufkraft entziehen. Wenn man dem ganzen die Krone aufsetzen will, dann erhöhe man noch die Mehrwertsteuer zur Refinanzierung der Kapitalakkumulationsförderung der Haushalte mit höheren Einkommen.

Dieser Entwicklungspfad, auf den sich unsere neue Bundesregierung gestellt hat, ist nicht zielführend auch vor dem Hintergrund der zweiten großen Krisenursache, die in dem Auf- und Ausbau immer größerer weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen Defizit- und Überschussländern besteht. Deutschland ist hier neben China der größte Player bei den Überschussländern und man muss kein expliziter Anhänger des in der chinesischen Philosophie tief verankerten Ying-und-Yang-Prinzips sein, um zu sehen, dass derartige Ungleichgewichte auf Dauer nicht werden existieren können. Insofern müsste es eigentlich im unmittelbaren Staatsinteresse sein, unsere Volkswirtschaft in die notwendige

20 Mittlerweile ist das Aufkommen aus der Umsatzsteuer größer als das aus der Einkommensbesteuerung.

21 In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und FDP für 2011 eine Reform der Einkommensteuer vereinbart. Auf Bund, Länder und Kommunen würden dann Einnahmeausfälle in Höhe von 30 Milliarden Euro jährlich zukommen. Diese Steuerausfälle müssten im Kontext steigender Ausgabenbelastungen bei gleichzeitigem Scharfstellen der so genannten „Schuldenbremse“ bewertet werden. Im Ergebnis macht der Staat sich selbst arm, um dann aus dieser öffentlichen Armut Einsparungen abzuleiten, die natürlich „unvermeidlich“ seien.

Richtung hin zu einer **stärkeren Binnennachfrage** umzubauen. Und hier greift nicht nur die Bedeutung der angesprochenen Steuerpolitik, denn ein wesentliches wirtschaftspolitisches Instrument hierfür wäre eben nicht die Senkung der Einkommenssteuern (die ja bereits in den vergangenen Jahren teilweise deutlich gesenkt worden sind),²² sondern man müsste eine Kombination von Absenkung der Sozialabgabenbelastung des Faktors Arbeit und der Umstellung der Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine anteilig stärkere Steuerfinanzierung verbinden mit einer erheblichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen.

Ja, ich plädiere ausdrücklich für eine **Ausweitung der öffentlichen Investitionen**, was natürlich mit einer Steuersenkung nun gar nicht vereinbar ist, sondern – ich stehe ausdrücklich dazu – nicht ohne eine **Erhöhung der Steuern** zu machen sein wird. Warum? Lassen Sie mich zur Begründung nur ein Beispiel herausgreifen: In einer neuen Studie²³ wurde der Finanzbedarf für kommunale Investitionen in den kommenden Jahren abgeschätzt. Die bedrohliche – aber seien wir ehrlich, für jeden der offenen Augen durch unsere Kommunen läuft mehr als offensichtliche – Diagnose besagt, dass wir gesamtwirtschaftlich in die Phase des Verfalls der öffentlichen Infrastruktur eingetreten sind. Technisch gesprochen: Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen der Kommunen übersteigen ihre Investitionen erheblich. Dabei wären nicht nur Reparaturen und Ersatzinvestitionen notwendig, sondern auch Neuinvestitionen. Die gesamte Investitionssumme bis 2020 beträgt gut 700 Milliarden Euro, davon entfallen allein 70 Milliarden auf den Nachholbedarf aus dem „Investitionsstau“ der vergangenen Jahre, gut 410 Milliarden Euro kostet die laufende Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur und knapp 220 Milliarden Euro sind für Erweiterungen erforderlich. Ich will an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen, dass hier nur die „klassischen“ Investitionsbereiche angesprochen sind, also Straßen, Brücken oder Schulbauten und die immer wichtiger werdenden Bildungsinvestitionen aufgrund einer völlig veralteten Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weitgehend als Konsumausgaben verbucht werden müssen. Insgesamt ist die Entwicklung bei den öffentlichen Investitionen dramatisch: Lag der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP Anfang der 1970er Jahre noch bei 4,7%, so ist dieser Wert bis 2007 auf 1,5% gesunken. Das ist gerade einmal die Hälfte der Investitionsquoten anderer Länder: In Frankreich, Schweden oder Japan liegen die Ausgaben jeweils über 3% des BIP.

Für viele mag die Forderung nach einer deutlichen Stärkung der Binnennachfrage eher abstrakt klingen, dabei liegen die **enormen Chancen für ein höheres und nachhaltiges Beschäftigungsniveau** buchstäblich auf der Straße. Nehmen wir nur zwei Beispiele, die gerade auch in Rheinland-Pfalz von gewichtiger landespolitischer Bedeutung sind bzw. sein sollten:

Wir wissen alle um die Bedeutung der demografischen Entwicklung – und ich meine hier nicht nur die oftmals vorgetragene Dramatisierung der dahinter stehenden Prozesse, sondern auch gerade für unser Bundesland die möglichen positiven Impulse, denken Sie an den Bereich des Gesundheitstourismus oder anderer Felder der Seniorenwirtschaft. Aber einem werden wir auf alle Fälle nicht entfliehen können: Es wird einen **erheblichen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Menschen** geben, die zudem immer länger auch zu Hause versorgt werden bzw. die in Zukunft nicht mehr in den heute dominierenden Heimkonstellationen ihren Lebensabend verbringen wollen. Pflege ist und bleibt eine personalintensive Angelegenheit, und das wird noch weiter zunehmen, wenn Sie an die Veränderungen in den Familien denken, z.B. die kontinuierlich steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, die bislang viele Pflegeaufgaben übernommen haben und das absehbar weniger werden leisten können.²⁴ Das kann man – der üblichen Wahrnehmung entsprechend – als negatives Szenario ausmalen und die

22 Die ganze Absurdität der gegenwärtigen Steuerdebatte kann man zugespitzt formuliert daran erkennen, dass die steuerliche Belastung der höheren Einkommen wie auch der Unternehmen Anfang der 1990er Jahre deutlich höher war als heute, ohne dass die Betroffenen deshalb ein Leben in Armut und Keuschheit führen mussten.

23 Vgl. hierzu den Beitrag von REIDENBACH (2009)

24 Derzeit werden über eine Million Pflegebedürftige ausschließlich, also ohne Hilfestellung durch ambulante Pflegedienste, zu Hause von Familienangehörigen und hierbei zu über 90% von Frauen gepflegt. Vgl. generell zum Thema Gender in der Pflege BACKES/AMRHEIN/WOLFINGER (2008) sowie zu den Problemen, wenn Frauen nicht mehr pflegen (können), den Werkstattbericht von GUMPERT (2009).

Kostenseite hervorheben. Man kann aber auch die enormen Beschäftigungs- wie übrigens auch Teilhabechancen erkennen und eine aktive Expansionsstrategie verfolgen. Aber an dieser Stelle – vor allem wenn das dann auch noch gekoppelt wird mit einer dringend erforderlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege²⁵ – muss man ohne Umschweife sagen, dass das auf gar keinen Fall mit den gleichen oder noch weniger Ressourcen als heute zu leisten sein wird. Es ist bezeichnend, dass kaum einer sich traut, den Menschen offen zu sagen, dass das auch bedeuten kann und wird, dass sich viele Menschen in anderen Bereichen, z.B. beim Urlaub werden einschränken müssen, um die zusätzlichen Mittel für die Pflege aufbringen zu können. Man muss also bei der Frage nach der zukünftigen Finanzierung der Pflege vor jeder Diskussion über Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren zuerst einmal ehrlich bestimmen, wie viele zusätzliche Ressourcen wir in die Pflege stecken müssen und wollen, um das eigentliche Ziel erreichen zu können. Wichtig hierbei ist aber ein volkswirtschaftliches Verständnis, dass zusätzliche Ausgaben in der Pflege wie auch im Gesundheitswesen nicht nur Kosten darstellen, sondern dass diese Felder zugleich eine eigene und große Wertschöpfungsdimension haben. Übrigens – ist es nicht bezeichnend, dass die gesundheitspolitische Diskussion in Deutschland die Zielperspektive, dass noch jedes dritte Krankenhaus geschlossen werden soll, als anzustrebende Erfolgsgröße herausstellt, weil man damit ja die Beitragsbelastung in der Krankenversicherung im Griff behalten könne, statt zu fragen, ob nicht angesichts des enormen Leistungsniiveaus der medizinischen Versorgung wie auch der sehr guten Infrastrukturausstattung bis hin zu der gut aufgestellten Medizintechnik Deutschland in einem immer stärker auch zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt sich zu dem Medizinzentrum für Mitteleuropa mausern könnte? Die Dominanz der Kostensenkungsstrategie resultiert doch aus einer zwar nachvollziehbaren, aber kurzsichtigen Verengung auf das gegebene System der primären Kostenumlage auf lohnbezogene Beiträge. Wie wäre es mit einer **aktiven Gesundheitswirtschaftspolitik**,²⁶ nach deren Anforderungen dann das Finanzierungssystem umgebaut wird, um die erforderlichen Ressourcen in einer möglichst gerechten Art und Weise aufzubringen?

Das zweite Beispiel bezieht sich auf den wichtigen Bereich der **Bildung und Betreuung**. Nicht nur der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote hat – wie wir alle wissen – in diesem Bundesland eine hohe Priorität, sondern wir leben auch in dem einzigen Bundesland, in dem sich die Landesregierung die vollständige Beitragsfreistellung der Eltern einen großen Millionenbetrag kosten lässt. Das ist für den Landeshaushalt eine gewaltige Belastung. Aber wenn man den so genannten „Kita-Check“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages liest,²⁷ dann wird dort bitter beklagt, dass tatsächlich 99% der Kitas nicht am Samstag geöffnet haben und die meisten Kitas auch nicht nach 18 Uhr unter der Woche. Dies wird kritisiert angesichts der richtigen Beobachtung, dass immer mehr Beschäftigte und hierbei ganz überwiegend Frauen auch am Samstag z.B. im Einzelhandel arbeiten gehen müssen. Folglich müssten sich die Betreuungsangebote doch eigentlich mit diesen Verschiebungen verändern. Aber was mich besonders geärgert hat: An keiner Stelle in dieser Veröffentlichung der IHKs taucht der Hinweis an den geneigten Leser auf, wie teuer das werden wird und das man eine solche Expansion – die übrigens auch wieder neue Arbeitsplätze schaffen würde – nur mit einer erheblichen Mittelaufstockung in Verbindung mit einer neuen Finanzierungsverteilungskonfiguration wird leisten können.²⁸ Im Umfeld dieser Publikation konnte man im Internet übrigens ein Dokument finden, in dem eine deutliche steuerliche Entlastung der Unternehmen gefordert wird. Wir lügen uns halt gerne in die Tasche.

25 Vgl. hierzu instruktiv – weil die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zugleich mit einer branchenbezogenen Expansionsstrategie verbunden wird – die Veröffentlichung von HILBERT/EVANS 2009.

26 Vgl. zu einer möglichen Zukunft der Gesundheitswirtschaft in diesem Verständnis SELL (2005).

27 Vgl. DIHK (2008).

28 Das System der Kindertagesbetreuung in Deutschland bzw. korrekter: die 16 unterschiedlichen Systeme haben zwei Gemeinsamkeiten: Unterfinanzierung und Fehlfinanzierung. Selbst nach den Kriterien der OECD müssten die staatlichen Aufwendungen für diesen Bereich (derzeit rd. 13 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln) etwa verdoppelt werden, um den Sollwert der OECD erreichen zu können. Zum anderen haben wir eine Fehlfinanzierung dergestalt, dass die Hauptkostenträger die Kommunen und mit erheblichen Schwankungsbreiten die Bundesländer sind, während die ökonomischen Positiveffekte eines Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur gemessen an zusätzlichen Steuer- und Beitragseinnahmen vor allem beim Bund und den Sozialversicherungen anfallen, die aber nicht bzw. der Bund erst seit kurzem in einem nicht ausreichendem Maße an der Finanzierung beteiligt sind.

Ich komme zum Schluss – und auch wenn man eigentlich immer optimistisch schließen sollte, will ich nicht verschweigen, dass mich eher eine große Skepsis befallen hat, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Für die Gewerkschaften stehen schwierige Zeiten ins Haus. Wie ernsthaft und verantwortlich unsere Gewerkschaften derzeit auftreten und agieren, zeigen nicht nur die vielen Beispiele flexibler betrieblicher Lösungen, mit denen derzeit viele Arbeitsplätze und auch Unternehmen gesichert werden, sondern auch die Debatte über die unterschiedlichen strategischen Ansätze für die neue Tarifrunde bei der IG Metall und ver.di können als Beispiel dafür genannt werden, dass sich die Gewerkschaften ihrer volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind. Auch die Arbeitgeber, die derzeit versuchen, ihre Belegschaften so lange wie möglich zu halten, weil sie eine Verantwortung haben und natürlich auch weil sie gelernt haben aus den Erfahrungen nach den letzten Krisen mit einem anschließenden Fachkräftemangel, sollten und müssen als positive Beispiele herausgestellt werden. Davon gibt es in Rheinland-Pfalz viele.

Aber damit das nicht zu harmonisch ausklingt: auf Konfrontation gehen sollte man zu den Unternehmen, die das ganze Waffenarsenal des Arbeitsrechts einschließlich der in meinen Augen missbräuchlichen Inanspruchnahme der deregulierten Leiharbeit nutzen und die sich wie die Drogeriemarktkette Schlecker ihrer langjährigen älteren Mitarbeiterinnen entledigen, die sagenhafte 12 oder 13 Euro in der Stunde verdienen bei heute schon bekannt desaströsen Arbeitsbedingungen und diese in den neuen XL-Filialen ersetzen durch neue Arbeitskräfte, die dann für 6,50 Euro aufwärts arbeiten dürfen, ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld und mit weniger Urlaubsanspruch und dann auch noch bei einer Leiharbeitsfirma mit Sitz in Ostdeutschland.²⁹ Das ist auch eine Realität in Deutschland, und für diese wünsche ich mir nicht nur stärkere Gewerkschaften als bisher,³⁰ sondern auch mehr Konfrontation und Widerstand. Mit Blick auf die staatlichen Handlungsoptionen würde dies bedeuten, neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes als Lohnuntergrenze auch wieder stärker das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu nutzen sowie die zur Lohndrückerei missbrauchte Leiharbeit neu zu regulieren.³¹ Die Branche Einzelhandel zeigt übrigens die destruktiven Kräfte, die sich entfalten, wenn die Allgemeinverbindlichkeit abgeschafft wird, was hier im Jahr 2000 passierte – seit dieser Beseitigung befinden sich die bis dato relativ stabilen Arbeitsbedingungen im Sinkflug.

Literaturverzeichnis

ADAMY, W. (2009): Job-Verlust und Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise, Berlin: DGB Bundesvorstand, Oktober 2009

ARNOLDI, J. (2009): Alles Geld verdampft. Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt

BACKES, G. M., AMRHEIN, L. und WOLFINGER, M. (2008): Gender in der Pflege. Herausforderungen für die Politik, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

BALZLI, B. et al. (2008): Der Bankraub. In: DER SPIEGEL, Nr. 47/2008, S. 45-80

BECKER, I. und HAUSER, R. (2009): Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck, Berlin

29 Vgl. zu der Strategie von Schlecker und ihren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen ausführlicher SELL (2009).

30 Was aber auch bedeutet, dass sich die betroffenen Arbeitnehmer/innen gerade im Dienstleistungsbereich stärker der Notwendigkeit einer Erhöhung ihres Organisationsgrades in den Gewerkschaften bewusst werden müssen.

31 Vgl. zu den Optionen in diesem Bereich VANSELOW (2009) sowie mit Blick auf die Regulierung in anderen europäischen Ländern die neue Studie von VANSELOW/WEINKOPF (2009).

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2009): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Oktober 2009, Nürnberg

DIHK (2008): Der Kita-Check. Kinderbetreuung in Deutschland 2008. Ergebnisse einer DIHK-Kitabefragung, Berlin, November 2008

EICHHORST, W., MARX, P. und THODE, E. (2009): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000–2009. Benchmarking Deutschland: Beschäftigungserfolge bei zunehmender Differenzierung, Gütersloh

GUMPERT, H. (2009): Wenn die Töchter nicht mehr pflegen... Geschlechtergerechtigkeit in der Pflege. Werkstattbericht im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

HILBERT, J. und EVANS, M. (2009): Mehr Gesundheit wagen! Gesundheits- und Pflegedienste innovativ gestalten. Memorandum des Arbeitskreises Dienstleistungen, Bonn

HORN, G. et al. (2009a): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise. Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann, IMK Report Nr. 38, Düsseldorf

HORN, G. et al. (2009b): Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise (II). Globale Ungleichgewichte als Ursache der Krise, IMK Report, Nr. 40, Düsseldorf

HORN, G. et al. (2009c): Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report, Nr. 41, Düsseldorf

JOEBGES, H., SCHMALZBAUER, A. und ZWIENER, R. (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK-Studies 4/2009, Düsseldorf, August 2009

KEYNES, J. M. (2006): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10., verb. Auflage, Berlin

LAUX, H. und ROSA, H. (2009): Die beschleunigte Demokratie – Überlegungen zur Weltwirtschaftskrise. In: WSI-Mitteilungen, Heft 10/2009.

MARK, K. und REIZE, F. (2009): Hohe Eigenkapitalrenditen auch im Mittelstand? KfW-Research, Nr.1, November 2009, Frankfurt: KfW Bankengruppe

REIDENBACH, M. (2009): Investitionsstau und Investitionsbedarf bei den Kommunen. In: WSI-Mitteilungen, Heft 5/2009

SELL, S. (2009): Schlecker als Fallbeispiel für Lohndumping und mehr. Anmerkungen zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen im Einzelhandel, Remagener Beiträge zur aktuellen Sozialpolitik 04-2009, Remagen, April 2009

SELL, S. (2005): Die Zukunft der Gesundheitswirtschaft. Märkte, Technologien und Finanzierungssysteme, Berlin

STATISTISCHES BUNDESAMT (2009): Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren, August 2009, Fachserie 2, Reihe 4.1, Wiesbaden

VANSELOW, A. (2009): Entfesseln oder einhegen? Zeitarbeit in der Krise, IAQ-Report 2009-06, Essen

VANSELOW, A. und WEINKOPF, C. (2009): Zeitarbeit in europäischen Ländern – Lehren für Deutschland? Hans-Böckler-Stiftung: Arbeitspapier 182, Düsseldorf



Kurt Beck, Dietmar Muscheid, Uwe Klemens, Prof. Stefan Sell,
Hendrik Hering (v.l.n.r.) am 4.11.2009 in Mainz
